



Erwerbslosenpolitik und -arbeit in ver.di

Arbeitslosigkeit bestimmt seit Mitte der siebziger Jahre die bundesdeutsche Volkswirtschaft. Arbeitslosigkeit hat nicht nur unmittelbare Auswirkungen auf die direkten Betroffenen. Alle abhängig Beschäftigten sind von dieser Arbeitslosigkeit beeinflusst. Es gibt kaum noch eine Berufsgruppe, die über einen sicheren Arbeitsplatz verfügt. Die sichtbaren Auswirkungen sind Lohneinbußen, Arbeitszeitverlängerung und die Disziplinierung und verschärfte Auslese der abhängig Beschäftigten. Darüber hinaus wirkt Arbeitslosigkeit auf die Gesellschaft psychisch und sozial destruktiv und zerstörerisch. Die damit einhergehende Armut bedroht unsere Demokratie.

Aktuell häufen sich die Analysen, die einen Fachkräftemangel erkennen und beklagen. Dazu bleibt festzuhalten, dass hierfür vorrangig Entscheidungen der Arbeitgeber ursächlich sind: einerseits wird immer weniger ausgebildet und andererseits sind Arbeitgeber bemüht, mithilfe von Rationalisierung und Digitalisierung Fachwissen betrieblich zu inventarisieren, um nur noch angelernte Hilfskräfte bezahlen zu müssen.

Seit Jahrzehnten ist Sozialabbau das prägende Element der gesellschaftlichen Entwicklung. Mit der Agenda 2010 hat eine Zäsur stattgefunden. Die Gesellschaft stiehlt sich seither aus ihrer Verantwortung und erklärt die Arbeitslosigkeit zum persönlichen Versagen. Arbeitslosigkeit wird privatisiert. Eine gesellschaftliche Verantwortung für Arbeitslosigkeit wird verneint. Dabei profitieren Wenige erheblich von Arbeitslosigkeit. Die Unternehmensgewinne sind selbst in Krisenzeiten exorbitant.

Arbeitslose werden benutzt (unterstützt durch staatlichen Machtmissbrauch), um die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern: Praktika, Leiharbeit, Lohndrückerei u. a. Mit Arbeitslosigkeit werden die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert.

Selbstbestimmungsrechte eines Großteils der Gesellschaft werden eingeschränkt. Ganz selbstverständlich werden sie von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Wir als Gewerkschafter haben dieser Entwicklung bisher zu wenig entgegengesetzt.

Eine aggressive Sozialpolitik gewinnt gegenüber einer klassischen Tarifpolitik an Bedeutung, wenn es darum geht, die Lebensbedingungen zu verändern. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen ist in tarifpolitischen Auseinandersetzungen allein nicht mehr möglich, wenn die herrschende Politik gleichzeitig die Rahmenbedingungen (in Form von Steuern, Abgaben, Arbeitsrecht oder Arbeitsschutz) permanent nachhaltig verschlechtert. Dabei sind die massivsten Veränderungen in der Sozialversicherung die Rente mit 67 und die geringere Leistung für und aus der Rentenversicherung.



Der Abbau versicherungspflichtiger Arbeitsplätze und deren teilweise Umwandlung in Mini-Jobs haben zu weiteren Ausgrenzungen und Abdrängen in Armutsverhältnissen für Betroffene (vorwiegend Frauen!) geführt. Auch die Beschäftigtenstruktur hat sich durch diese Möglichkeit entsolidarisiert. Vermeintlich „flexible“ Minijober*innen lassen sich kaum gewerkschaftlich einbinden. Die Anhebung der Midijob-Verdienstgrenze zu Beginn des Jahres 2023 auf bis zu 2.000 Euro lässt befürchten, dass das künftig massiv durch die Arbeitgeber genutzt wird und noch mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse schafft.

Diese Arbeitsverhältnisse sind in Gänze nicht existenzsichernd. Deshalb nimmt die Zahl der Menschen zu, die mehrere Jobs annehmen oder mit „Bürgergeld“ (Hartz IV) aufstocken müssen.

Zudem sind die Arbeitsverhältnisse sehr oft befristet und ermöglichen so einerseits keine sichere Lebensplanung und die Erwerbsbiografie ist geprägt vom ständigen Wechsel der Arbeitsstellen bzw. Arbeitsorte und vom Wechsel der Zustände; „man hat Arbeit oder ist arbeitslos“. Dies hat Auswirkungen auf die Zukunftsplanung eines Menschen.

In den letzten Jahren erschwert der Wohnungsmarkt (Nachwirkungen der massiven Privatisierungen von Wohnungsgesellschaften um die Jahrhundertwende) eine angemessene Teilhabe am Gesellschaftsleben. Selbst finanziell besser gestellte Kolleg*innen kommen in Schwierigkeiten für ein auskömmliches Leben, da die Miete den größten Teil verschlingt. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, dass nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine im Februar 2022 und infolge der von der Regierung und der EU verhängten Sanktionen die Energiekosten geradezu explodiert sind. Und in der Folge die Kosten für Lebensmittel ebenfalls drastisch gestiegen sind. Dies alles hat ein Anwachsen der Armut in Deutschland zur Folge.

Unsere Gewerkschaft ver.di sollte den Kolleginnen und Kollegen im erwerbsfähigen Alter sowohl in der Erwerbstätigkeit als auch während der Phase der Arbeitslosigkeit beiseite stehen und entsprechend unterstützen.

Eine Diskussion um eine Wirtschaft mit sozial- und umweltverträglichem und qualitativem Wachstum findet nicht statt. Ebenso reduziert sich der Wert der Arbeit auf eine Diskussion um Verwertbarkeit und die Lohnhöhe. Aber wer will schon arbeiten, nur der Arbeit wegen?

Wir als Erwerbslose in ver.di wollen eine intensive und parteiische Auseinandersetzung mit den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führen, ebenso kritisch beobachten und begleiten wir die Akteure auf dem Arbeitsmarkt. Neue Strukturen (Behörden, Gremien, ...), die sich im Zusammenhang mit „Bürgergeld“ (Hartz IV) und dem Sozialgesetzbuch SGB II bilden, müssen von unserer Seite aus nachhaltig begleitet und kontrolliert werden. Die Interessen der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen müssen artikuliert und durchgesetzt werden!



Die stattfindenden Veränderungen sind ein massiver Eingriff in der Auseinandersetzung um die Verteilung zuungunsten derer, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Wir wollen die Problematik Arbeitslosigkeit aus der Sicht der Erwerbslosen und als Gewerkschafter bekämpfen.

Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen nicht von Erwerbsarbeit leben und in der Zukunft nicht werden leben können, ist ein Diskussionsprozess um das Thema ‚Arbeit‘ in der Gewerkschaft zwingend notwendig. Ebenso die Entwicklung alternativer, innovativer Modelle zur Existenzsicherung.

Unsere Forderungen an ver.di:

- Lobbyarbeit für Erwerbslose
- Das Wissen um und zur Arbeitslosigkeit muss in die Alltagsarbeit von ver.di einfließen
- angemessene Beteiligung von Erwerbslosen an allen Gremien
- eine ausreichende finanzielle Ausstattung
- eine umfassende Betreuung durch Hauptamtliche
- professionelle Sozialberatung für erwerbslose Mitglieder
- Bildungsangebote für Erwerbslose
- Beteiligung an den Tarifabschlüssen / Tarifkommissionen
- Eigene Erwerbslose-Strukturen nutzen

Unsere Forderungen an die Gesellschaft, die durch entsprechende ver.di-Initiativen umzusetzen sind:

- Qualifizierte Arbeit bewahren und schaffen
- Arbeit muss Existenz sichern
- Die Absicherung der Erwerbslosen muss existenzsichernd sein
- Deutliche Erhöhung der Rentenbeiträge für Bezieher von Bürgergeld
- Die existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung Älterer muss gezielt gefördert und ausgeweitet werden.
- Kein Abschieben in "Zwangs"-Maßnahmen
- Verteilen der vorhandenen Arbeit/Arbeitszeit reduzieren
- Arbeit und Familie/Kinder – gerechter gestalten
- Recht auf Aus- und Weiterbildung
- Sozialabbau beenden und rückgängig machen
- Steuergerechtigkeit herstellen
- Chancengleichheit für alle Erwerbslose

Alle innerhalb von ver.di Organisierten – nicht nur die aktuell Erwerbslosen – sind aufgefordert, bei uns mitzuarbeiten. Jede und jeder, der sich für Arbeitslose einsetzt, unterstützt damit die gewerkschaftlichen Anstrengungen zur Bewältigung dieses gesellschaftlichen Skandals.